



Das Aquis Plaza ein Schreckgespenst für die Innenstadtentwicklung?

Im Herbst ist es soweit. Dann eröffnet das Aquis Plaza, Aachens neuer Shopping-Tempel am Kaiserplatz. Ca. 130 Shops und diverse gastronomische Einrichtungen laden zum Einkaufen und „Erleben“ ein – sozusagen eine Stadt in der Stadt. Durch wie viele Straßen der Innenstadt müssen wir gehen, um 130 Geschäfte zu zählen?

Und können wir 1 € nicht nur ein Mal ausgeben? Aber damit nicht genug: Gegenüber dem Aquis Plaza soll eine weitere Einkaufsfläche von ca. 4000 qm ent-

stehen. Was bedeutet das nun für die weitere Entwicklung des innerstädtischen Bereiches, wie zum Beispiel des Dahmengrabens und der Großkölnstraße?

Unsere Fraktion befürchtet eine Verödung von Teilen der Innenstadt, weil die dortigen Geschäfte und auch Restaurants der Attraktivität von zahlreichen Einkaufs- und Gastronomiemöglichkeiten unter einem Dach nicht standhalten können.

Fortsetzung Seite 2



Image by EveryPicture / CC-BY-SA-3.0 (via Wikimedia Commons)

Einkaufsparadies oder Schreckgespenst?

Gemeinschaftsaufgabe: Eine gesunde Städteregion für alle

Gesundheit ist eines der höchsten Güter des Menschen. Ist ein Mensch längerfristig erkrankt, können schwerwiegende Beeinträchtigungen in mehreren Lebensbereichen hinzukommen.

Erwerbschancen und Einkommen aus dem Arbeitsleben sind eingeschränkt, wobei steigende krankheitsbedingte Aufwendungen zusätzlich belasten.

Fortsetzung Seite 4



© Stefan Bayer/ pixelio.de



Forderungen der Sozial- und Erziehungsdienste sind berechtigt

Zur Demonstration der streikenden Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten vor dem Landtag von Nordrhein-Westfalen am 2. Juni erklärt Sahra Wagenknecht, Erste stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Düsseldorfer Bundestagsabgeordnete:

"Die Demonstration der Sozial- und Erziehungsberechtigten in Düsseldorf zeigt die Entschlossenheit, mit der die Beschäftigten auch vier Wochen nach Streikbeginn für ihre Forderungen kämpfen. Ich unterstütze den Streik und die Forderungen der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaft verdi nach einer Lohnerhö-

hung um durchschnittlich zehn Prozent und der Entfristung zeitlicher Verträge voll und ganz, denn die Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsdiensten wurden zuletzt 1991 finanziell aufgewertet. Es ist längst überfällig, dass die Löhne steigen."

Sahra Wagenknecht weiter: „Es ist einzig der Verweigerungshaltung der Arbeitgeber geschuldet, dass die Kitas seit bald fünf Wochen bestreikt werden. Das wissen auch die Eltern, von denen viele die Demo unterstützen.

Fortsetzung Seite 8

Fortsetzung: **Das Aquis Plaza ein Schreckgespenst für die Innenstadtentwicklung?**



Auch auf die Wohnungssituation wirkt sich die Errichtung des Aquis Plaza negativ aus, denn der für das Großprojekt vernichtete bezahlbare Wohnraum soll an anderer Stelle durch Luxuswohnungen „ersetzt“ werden. Zudem wird die untere Adalbertstraße durch die viel zu hohe Straßenfassade des neuen Einkaufspalastes so stark verschattet werden, dass nach Auskunft der Stadtver-

waltung keine gesunden Wohnverhältnisse mehr gewährleistet sind. Zukünftig werden deshalb dort noch vorhandene Wohnungen nicht mehr genutzt werden können.

DIE LINKE hat sich hinsichtlich der Umgestaltung des Kaiserplatzes immer für eine kleinteilige Bebauung mit Einzelhandel, bezahlbarem Wohnraum und Grünflächen stark gemacht.

Wem gehört die Stadt?

Angesichts der weiteren Stadtentwicklung, u. a. am Büchel und am



Bushof, müssen wir die Frage beantworten: Wem gehört die Stadt? Für uns als LINKE ist klar, dass sich die Stadtplanung und -entwicklung an den Bedürfnissen der hier lebenden Menschen und

nicht an den Profitinteressen der Investoren zu orientieren hat.

Leo Deumens,
Vorsitzender Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen

Politische Transparenz der Bürger bleibt vielfach außen vor!



Mit der Abschaffung der Einwohnerfragestunden in den Fachausschüssen des Rates wurden den Aachenerinnen und Aachenern von der damaligen schwarzgrünen Ratsmehrheit im Jahr 2009 ein wichtiges Instrument zur aktiven Bürgerbeteiligung genommen.

Ersetzen wollte man die demokratische Teilhabe der Wählerinnen und Wähler durch das Bürgerforum.

Doch statt lebhafter Debatten in diesem Forum verirren sich, von

wenigen Ausnahmen abgesehen, nur vereinzelte Interessierte in den Sitzungssaal des Rathauses.

Trauriger Höhepunkt war eine Sitzungsdauer von gerade einmal 13 Minuten, da das Forum ohne Bürger – folglich auch ohne Diskussionen – zusammengekommen war.

Viele wichtige Themen werden zunehmend hinter verschlossenen Türen, d. h. in nicht-öffentlichen Tagesordnungspunkten, entschieden, ohne dass bekannt wird, über was da eigentlich gesprochen wird. Das ist rechtswidrig und wird sich auf Antrag unserer Fraktion zukünftig ändern.

Ändern muss sich auch die Praxis, viele Themen ohne ausreichende

Begründung in den nichtöffentlichen Teil von Sitzungen zu verschieben. Die EinwohnerInnen haben ein Recht auf Transparenz. Dafür setzt sich DIE LINKE ein.

Nicht anders sieht es bei der wichtigsten politischen Entscheidung des Jahres, der Verabschiedung des Haushalts, aus.

Anstatt die Aachenerinnen und Aachener daran mitwirken zu lassen, wofür das vorhandene Geld ausgegeben wird, offerierte man ihnen einen Fragebogen mit einer Einsparliste. Auch hier spielten die Befragten nicht mit. Die Rückmeldungen waren so spärlich, dass der Versuch eingestellt wurde.

Mittlerweile hat die Ratsmehrheit die finanziellen Mittel zur Bürgerbeteiligung aus dem Haushalt gestrichen – das bedeutet das endgültige AUS für mehr Transparenz. DIE LINKE macht sich stark für eine echte Beteiligung der AachenerInnen.

Wir fordern:

- die Wiedereinführung der Einwohnerfragestunden,
- alle Themen öffentlich zu beraten, bei denen keine schutzwürdigen Interessen vorliegen,
- einen Bürgerhaushalt, der diesen Namen auch wirklich verdient!

Michael Bredohl,
Sachkundiger Bürger im Rat der Stadt Aachen

WIR



Bestellschein an: Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion • Zollernstraße 16 • 52070 Aachen
Ja, ich möchte regelmäßig Informationen über die Arbeit der Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag erhalten.
Bitte schicken Sie "WIR in der Städteregion" kostenlos und unverbindlich an folgende Adresse:

Name, Vorname

Postleitzahl, Ort, Straße

Bestellungen auch telefonisch möglich unter: 0241 / 5 198 3305

Impressum:

WIR in der Städteregion
Zeitung der Fraktionen DIE LINKE in der Städteregion Aachen
e-mail:
wir-redaktion@dielinke-aachen.de
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de
postalisch:
Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Haus der Städteregion, Zollernstraße 16
52070 Aachen
Redaktion
Harald Siepman (zugleich v.i.S.d.P.),
Robert Boltz, Albert Borchardt,
Hans Janosch, Marika Jungblut, Dirk Makowski, Gabi Halili
Layout
Lasse Klopstein, Albert Borchardt
Fotos:
www.pixelio.de, wikimedia commons,

Archiv Linksfraktionen AC, Archiv KV Städteregion Aachen, Archiv DIE LINKE NRW
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Druck
Euregio-Druck, 52068 Aachen, Dresdener Straße 3
Auflage
32.000
Dank an alle, die das Erscheinen dieser Ausgabe möglich gemacht haben, und Dank auch an alle, die sie in die Welt hinaus tragen.
Ihr seid toll.
Nächste Ausgabe: November 2015
Redaktionsschluss Oktober 2015



Auf die Plätze - Fertig - Streik!

Zur Angst vor Spartengewerkschaften und worum es wirklich geht

Wirtschaftsverbände

schlagen Alarm. Der Ruin der deutschen Wirtschaft ist besiegelt, sollten Lokführern, Piloten und andere Spartenvertreter weiterhin beliebige Forderungen mit maßlosen Streiks durchsetzen.

Die Union nimmt die derzeitige Diskussion um Tarifautonomie und Streiklegitimation sogar zum Anlass, um öffentlich über einen Schlichtungszwang in der Daseinsvorsorge nachzudenken. Die Bundesregierung greift mit ihrem Gesetz zur Regelung der Tarifautonomie unmittelbar die Koalitionsfreiheit an.

Doch wie sieht die Faktenlage aus? Dr. Reinhard Bispinck von der DGB nahen Hans-Böckler-Stiftung hat die Situation im gewerkschaftlichen Debattenblatt „Gegenblende“ analysiert und kommt zu dem Ergebnis, das Problem Spartengewerkschaft sei letztlich ein nicht belegbarer Mythos: In Deutschland gibt es mit dem Marburger Bund, der GdL, UFO, Cockpit, der Gewerkschaft der Flugsicherung und dem deutschen Jour-

nalistenverband lediglich sechs wirklich tariffähige Spartengewerkschaften, auf die in den Jahren 2006 – 2014 deutlich weniger als 10% der gesamten Streiktage aller Gewerkschaften entfielen. Im Zeitraum der Erhebung weist die Streikstatistik 46 Tarifkonflikte mit Streikaktionen der Spartengewerkschaften aus. Im gleichen Zeitraum war im Vergleich alleine Verdi an über 800 Tarifkonflikten mit Streikaktivität beteiligt.

Betrachtet man die Tarifentwicklungen über einen längeren Zeitraum, sind die Spartengewerkschaften zudem keinesfalls erfolgreicher. Das Handelsblatt veröffentlichte im letzten Jahr Tarifergebnisse der Gewerkschaften über einen längeren Zeitraum. Dabei kam heraus: Bei der

Bahn hat die EVG in den Jahren 2007 – 2014 etwas besser abgeschnitten als die GdL, bei der Lufthansa erreichten Cockpit ein Plus von 17%, UFO 21% und Verdi 27%. Dies alles sind deutliche Hinweise dafür, dass die Panikmache von Wirtschaftsverbänden und Bundesregierung unbegründet ist.

Aber auch dafür, dass Spartengewerkschaften keinesfalls erfolgreicher sind als die Gewerkschaften des DGB.

Tatsächlich besorgniserregend sind die derzeitigen Angriffe auf Koalitionsfreiheit und Streikrecht. Statt dringend erforderlicher öffentlicher Diskussionen über Zeitsouveränität oder der Zurückdrängung von Arbeitsüberlastungen gibt es öffentliche Diskussionen über Beschränkungen des Streikrechts in weitläufigen Bereichen. Statt einer gewerkschaftlichen Organisierungsoffensive zur Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsfelder und der Re-Erschließung von Feldern demokratischer Gestaltung erodiert und fragmentiert die deutsche Tariflandschaft zusehends weiter. Die öffentlich breit unterstützte derzeitige Auseinandersetzung um eine Auf-

wertung bestimmter Sozialberufe ist in diesem Umfeld erfreulich. Letztlich ist sie aber nicht mehr als ein Hoffnungsschimmer.

Die derzeitige Herausforderung scheint zuallererst eine Kommunikationsaufgabe zu sein. Unsere Gesellschaft benötigt eine Debatte über die Frage, wie sie leben möchte und was notwendig ist, um diese Ziele verwirklichen zu können.

Sollen nachhaltige soziale Errungenschaften durchgesetzt werden, dann werden zum Weg dorthin auch von Streiks begleitete gesellschaftliche Auseinandersetzungen gehören. Die GdL jedenfalls scheint in Sachen Kommunikation noch Übungsbedarf zu haben und die Feststellung, sie verteidigte stellvertretend für alle Gewerkschaften das Streikrecht, mag dabei genauso zutreffend wie zufällig sein. Wünschenswert wäre, nicht nur bei der Bahn und innerhalb des DGB, ein Schulterschluss aller Gewerkschaften.

Gerne auch unter einem Motto: Auf die Plätze – fertig – Streik!

Hans Janosch,

Sachkundiger Bürger im Städteregionstag und Mitglied des Personalausschuss



Image by solid aachen

Wird Inklusion zur Sparnummer?

Einrichtung einer Koordinierungs- und Beratungsstelle für schulische Inklusionshilfe (KOBISI)



Das Schulamt der Städteregion Aachen richtet bald eine Koordinierungs- und Beratungsstelle für schulische Inklusionshilfe, kurz KOBISI, ein. Diese Beratungsstelle wird im ersten Jahr finanziert vom Land NRW im Rahmen des Gesetzes zur Förderung kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion.

Es wird vorläufig – d.h. erstmal für ein Jahr – zwei Vollzeitstellen

geben, um angeblich unabhängig und frei unter Mitwirkung der Leistungsberechtigten Poolmodelle zu entwickeln und zu erproben. Diese sollen Synergien nutzen, Sicherheit und Transparenz gewährleisten und Ressourcen schonen. So lautet jedenfalls die Mitteilung des Schulamtes der Städteregion, aber was heißt das denn genau? Beabsichtigt wird, mit Hilfe der Inklusionsberater die enormen Aufwendungen (2015 höchstwahrscheinlich 4,9 Millionen Euro) zügig und schnell zu reduzieren. Dies kann aber nur zu Lasten der Betroffenen sein. Denn

es ist offensichtlich, wenn jemand, der nur einen Zeitvertrag von einem Jahr erhält, so berät, wie das von der Führungsriege gewünscht wird. Es wird also darauf geachtet werden, dass eine Kostenreduzierung stattfindet, um einen Nachweis der Stellenberechtigung zu geben. In die gleiche Richtung geht die beabsichtigte Poolbildung.

Selbstverständlich wünschen wir, DIE LINKE uns, dass die Eltern und Kinder eine hochwertige, ehrliche und professionelle Beratung in Bezug auf die Schulbegleitung

erhalten. Zudem plädieren wir für eine ergebnisoffene, empathische und rechtssichere Sachberatung, wie sie jetzt schon seit langer Zeit von vielen unabhängigen Menschen und Einrichtungen gewährleistet wird. Wir können daher KOBISI nicht zustimmen. Diese rein systemische Maßnahme geht klar zu Lasten der Bedarfsgerechtigkeit, da die Schulbegleitung eine Einzelfallmaßnahme ist, die sich ausschließlich am Schüler orientieren sollte.

Andreas Dittrich,

Sachkundiger Bürger im Städteregionstag und Mitglied des Inklusionsbeirats

Fortsetzung: **Gemeinschaftsaufgabe: Eine gesunde Städteregion für alle**



So ist verständlich, dass laut Infratest „Gesundheit“ 2014 sogar „Freiheit“ vom ersten Platz im Werte-Kanon der BundesbürgerInnen verdrängt hat.

Jede/r nimmt wenigstens einmal im Jahr das Gesundheitssystem in Anspruch. Zehn Prozent der Bevölkerung sind dauerhaft in ärztlicher Behandlung.

Die Sicherstellung der gleichmäßig verteilten und bedarfsgerechten ambulanten ärztlichen Versorgung ist laut Sozialgesetzbuch (SGB) V, §§ 72–76 an die Kassenärztlichen Vereinigungen (KV) als Körperschaften öffentlichen Rechts übertragen.

Der Sicherstellungsauftrag für die stationäre (Krankenhaus-)Versorgung ist gesetzlich dem Land zugewiesen: „Kostenträger und Krankenhäuser sollen in einem gemeinsamen Verfahren so genannte regionale Planungskonzepte erstellen“.

In der Städteregion ist das Gesundheitsamt als lokal vor Ort tätige

Behörde des öffentlichen Gesundheitsdienstes zuständig für die ortsnahe Koordinierung und Entwicklung von Gesundheitszielen. Zu seinen Aufgaben gehört unter anderem, „das Recht auf Gesundheit auch für diejenigen zu realisieren, die aus eigener Kraft und Anstrengung nicht in der Lage sind, dieses Recht wahrzunehmen“. Soweit die Theorie.

In der Praxis sieht es so aus, dass in ländlichen Regionen wie der Eifel wohnortnahe Gesundheitsversorgung schon allein durch einen Rückgang der Zahl der Hausarztpraxen und Apotheken gefährdet ist.

Laut Wahlprogramm der Städteregion DIE LINKE können Modelle wie das „Doc-Mobil“, die fahrende Arztpraxis, oder hausärztliche Fachkräfte, die als Angestellte von Arztpraxen Hausbesuche vornehmen und barrierefreien Shuttle-Services zu Arztpraxen erprobt werden.

Bei Ausdünnung der Apothekenversorgung kann mit Bildtelefonie-Modellen wie dem Apothekenterminal – das technisch weit entwickelte



Image by SPÖ Presse und Kommunikation (via Wikimedia Commons)

„Visavia-Beratungs- und Abgabeterminale“ – oder mit Videokabinen (die sogenannte begehbare „Co-Box“) gegebenenfalls Abhilfe geschaffen werden.

DIE LINKE tritt für die Umsetzung der Leitlinien der Städteregion Aachen zur Gesundheitsversorgung ein: „Unterstützung einer bedarfsgerechten, wirtschaftlichen, wirksamen und qualitätsgesicherten Versorgung der Bevölkerung“, die Entwicklung von regionalen Gesundheitszielen im Rahmen der kommunalen Gesundheitskonferenz“ sowie die „Unterstützung der Entwicklung von neuen Versorgungsformen“. Entsprechende Anfragen und Anträge sind im Ausschuss für Soziales und Gesundheit von der Fraktion

DIE LINKE gestellt (zuletzt im Januar 2015 und im Juli 2014) und am 05.11.2014 bereits in der kommunalen Gesundheitskonferenz ausführlich von mir selbst dargestellt worden.

Am 27. Mai 2015 lautete der Schwerpunkt der kommunalen Gesundheitskonferenz: „Konzept zur Sicherung der medizinischen Grundversorgung in den schwächer besiedelten Orten der Städteregion Aachen“ zu der alle beteiligten Akteure eingeladen waren. Über Ergebnisse und Formulierung von Handlungsempfehlungen im kommunalen Raum brauchen wir auch in Zukunft eine öffentliche Diskussion.

Helga Ebel,
gesundheitpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag



Barrierefreiheit – Die Freiheit, Barrieren selbst überwinden zu müssen

Wie nah sind wir noch an den ideellen Werten, die wir uns durch unser Grundgesetz als Standardregelwerk selbst gegeben haben? So besagt Artikel 3 Absatz 3 Satz 2 „Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.“ Doch wie sieht es damit im täglichen Leben mit der öffentlichen Verwaltung und Politik aus?

Die weit verbreitete Annahme in Verwaltung und Bevölkerung ist, eine Barrierefreiheit sei bereits mit rollstuhlgerechten Büro- und Sitzungssaalzugängen erfüllt. Doch ist dies nicht einmal der Bruchteil dessen, was notwendig ist, um

vollständige Barrierefreiheit zu erlangen. So ist Barrierefreiheit gegenüber z.B. Seh- und Hörgeschädigten bis jetzt kaum realisiert.

Durch die in vielen städteregionalen Kommunen weiter voranschreitende Einführung von elektronischen Ratsinformationssystemen wird es Sehgeschädigten lediglich ermöglicht, sich bereits im Vorfeld über die wichtigen Themen der aktuellen Kommunalpolitik zu informieren und aktiv am politischen Meinungsbildungsprozess zu beteiligen. Eine darüber hinausgehende Barrierefreiheit ist von den Verwaltungen kaum vorgesehen. In Brailleschrift verfasste Standardflyer oder -drucke sind ebenso Mangelware

wie entsprechende Wegweiser innerhalb der Gebäude. Kurzfristige Tischvorlagen und zunehmende Präsentationen innerhalb von Ausschusssitzungen bauen wieder Barrieren und Distanzen auf und hemmen somit die erforderliche Transparenz.

Hörgeschädigten hingegen steht nach dem SGB IX die Erstattung von Dolmetscherkosten zu. Dies setzt jedoch voraus, dass sich der Hörgeschädigte selbst vor dem Termin um diesen bemühen muss. Immer noch ist es kein Standard, auf einfachem Wege für z.B. Ratsitzungen oder Behördentermine bei der Verwaltung, Gebärdendolmetscher zu beauftragen. Eine verbale Artikulation in der Einwohn-

nerfragestunde und das Verfolgen von Diskussionen in den Sitzungen sind ohne Dolmetscher nicht möglich. Diese Barriere wirkt als große Hemmschwelle und erstickt bereits im Vorfeld aufkeimende Eigenaktivierung.

Inklusion und Barrierefreiheit sollten nicht nur plakative und werbewirksame Begriffe in Verwaltung und Öffentlichkeit bleiben. Jedem sollte es möglich sein, selbstständig und auf eigenen Wunsch hin, sich zu aktivieren, ohne erst über mögliche Barrieren nachdenken zu müssen.

Lara Basten,
Landschaftsversammlung Rheinland

„Dicke Luft“ in Aachen

Absurder Streit um Luftreinhaltung im Talkessel



Manche Dinge in der Politik sind kompliziert. Anderes liegt dagegen klar auf der Hand.

Und dann sind da noch jene Themen, die eigentlich einfach sind, aber von Teilen der Politik kompliziert gemacht werden. Zu letzteren gehört die Luftreinhaltung.

In der Öcher Luft sind zu viele Stickoxide und Feinstaubpartikel. Das ist seit Jahren durch Messungen belegt. Durch die Lage der Stadt in einem Talkessel können die Schadstoffe schlecht abziehen. Also saugen Aachenerinnen und Aachener täglich schädliche Luft in ihre Lungen. Damit reduzieren sie ihre Lebenserwartung.

Da die Fakten bekannt sind, sollte die Lösung einfach sein: Die

Schadstoffe müssen reduziert werden. Da vor allem der Straßenverkehr Stickoxide und Feinstaub produziert, muss sich dort etwas ändern. Möglichkeiten gibt es viele: Statt vieler Autos, die nur mit einem Insassen durch die Stadt brausen, könnten mehr Menschen den öffentlichen Nahverkehr nutzen, den man entsprechend ausbauen könnte. Statt dieselgetriebener Busse könnten solche mit Elektroantrieb eingesetzt werden. Das Radfahren könnte durch ein attraktives Wegenetz für viele eine Alternative sein, sogar für den Weg zur Arbeit. Könnte, könnte, könnte ...

Zwar kann man nicht behaupten, es sei nichts geschehen. Aber alles geschieht langsam und oft mit großer Verzögerung. So wird erst seit wenigen Jahren an einem Radwegenetz gearbeitet, das diesen Namen verdient. Die Folge: Die Bezirksregierung will

die Einrichtung einer Umweltzone anordnen. Dann dürfen nur noch schadstoffarme Fahrzeuge mit einer grünen Plakette fahren, innerhalb der Außenringe. Die Schadstoffe wird das nur mäßig reduzieren.

Wie aber reagiert die große Koalition aus CDU und SPD im Aachener Rat? Sie fasst einen Beschluss, der neue Maßnahmen vorsieht, aber nur, wenn die Umweltzone nicht kommt. Das dürfte die Behörde wenig beeindrucken, hat sie doch vor Jahren schon einmal auf die Einrichtung verzichtet, weil die Stadt versprach, mehr zu tun.

Ob man noch mal das gleiche Versprechen akzeptiert?

DIE LINKE fordert, jetzt endlich wirksame Maßnahmen zu beschließen unabhängig von der Umweltzonendebatte. Dazu gehört ein besserer und für alle bezahlbarer Nahverkehr und die

schnelle Einführung schadstoffärmerer Busse sowie, wenn es der Stand der Technik ermöglicht, solcher mit Elektroantrieb. Die große Koalition aus CDU und SPD lehnt das ab. Sie bleibt dabei: Schärfere Maßnahmen nur, wenn die Umweltzone nicht kommt und auch nur nach Haushaltslage.

Eine Vertreterin der SPD und ein Vertreter der CDU ließen in der Debatte gar durchblicken, die Luft in Aachen sei doch eigentlich gar nicht so schlecht. Beim Eis-Essen auf dem Markt an einem Frühlingstag hätten beide die „herrliche Aachener Luft eingeatmet“. Die beiden sollten ihr nächstes Eis auf dem Adalbertsteinweg oder in der Wilhelmstraße essen. Kräftiges Durchatmen bitte nicht vergessen!

Andreas Müller,

Sachkundiger Bürger im Mobilitätsausschuss der Stadt Aachen

Erstes schwarz-grünes Luftschloss geplatzt



Stellen Sie sich vor, es ist kurz vor Weihnachten und Sie wollen ihrem Kind was schenken.

Sie sind zur Zeit etwas klamm, aber hoffen, zu Ostern von einem ihrer Bekannten Geld zu bekommen, obwohl Sie wissen, die Forderung steht auf ganz wackligen Beinen. Das Geschenk geben sie Ihrem Kind aber trotzdem bereits jetzt.

So ähnlich handelte die Kooperation aus CDU und Grünen Ende 2014 im Städteregionstag, um den ohnehin mit Ach und Krach verabschiedeten Haushalt den regionsangehörigen Kommunen

schmackhaft zu machen. Dabei hat schwarz-grün aber die Rechnung ohne die Landschaftsversammlung Rheinland (LVR), dem alle Kreise und kreisfreien Städte angehören, gemacht: Für den städteregionalen Haushalt 2015/2016 wurde eine Landschaftsverbandsumlage in Höhe von 16,5% eingeplant.

Mit dieser Umlage finanziert der LVR vor allem soziale Leistungen in der Eingliederungshilfe und Förderschulen. Gegenüber dem Haushaltsentwurf der Städteregion, wo ein Satz von 16,7% berücksichtigt worden ist, ergab sich dadurch eine rechnerische Verbesserung in Höhe von fast 1,6 Mio. €. Allerdings war damals bereits abzusehen, dass man beim LVR keineswegs an eine Senkung dachte. Und so ist es auch



© dagmar zechel / pixello.de

abschließend gekommen, als die Landschaftsversammlung im April 2015 den Haushalt verabschiedete. Mit dem angestrebten Haushaltsausgleich in der Städteregion wird es damit ganz schwierig. Das stellt auch der erste Quartalsbericht für 2015 dar. Wenn es nicht Rückzahlungen des Bundes in Millionenhöhe für nicht ausgegebene Mittel des Bildungs- und Teilhabepakets gegeben hätte, wäre das Minus noch

größer. Da die sog. Ausgleichsrücklage aufgebraucht ist, wird die Städteregion diesen Fehlbetrag von ihren Mitgliedskommunen holen, oder um auf das Beispiel vom Anfang zurückzukommen: Sie nehmen Ihrem Kind das Geschenk einfach wieder ab, was dieses sicherlich nicht erfreuen wird.

Eine seriöse Finanzpolitik, die CDU und Grüne stets gebetsmühlenhaft für sich reklamieren, sieht jedenfalls anders aus!

Harald Siepmann,

Fraktion DIE LINKE im Städteregionstag

Industrie 4.0 vs. Sozialismus 2.0

Über die Linke Woche der Zukunft



Abschlusspodium der Zukunftswoche: (v.l.n.r.) Giorgos Chondros (Syriza), Bernd Riexinger, Christina Kaindl, Hilary Wainwright, Alex Demirovic

„Der Zukunftskongress wird morgen schon Vergangenheit sein“ mit diesen Worten eröffnete Dagmar Enkelmann, Vorsitzende der Rosa-Luxemburg-Stiftung, den letzten Tag der Linken Woche der Zukunft im nahezu voll besetzten Münzenbergsaal am Berliner Franz Mehring-Platz.

Was bleibt nach 80 Veranstaltungen in 4 Tagen? Was nimmt man mit nach Hause?

Von kostenlosem (ticketfreiem) ÖPNV über Rekommunalisierung von Krankenhäusern bis hin zu einer „Zukunft, die nur 140 Gramm wiegt“ war vieles zu erfahren, zu erarbeiten und zu diskutieren.

Eine der zentralen Fragen war dabei, wie DIE LINKE und die Linken dem ak-

tuellen System und den heutigen Gegebenheiten etwas entgegenstellen können. Eine zentrale Antwort und Forderung wurde dabei sehr schnell deutlich: DIE LINKE muss mehr auf die Straße! Wir müssen bunter, breiter und sichtbarer werden und uns für jene Menschen einsetzen und sprechen, die die Minderheiten der Gesellschaft darstellen.

Aber wie könnte das für uns in Aachen aussehen?

Wenn Clara mit ihrem Papa einfach in den Bus steigen könnte, ohne dass sie bezahlen müssten, um zu ihrer Kita zu fahren, die ihre Eltern nichts kostet. Wenn Karl, Claras Bruder von der Schule nach Hause kommt, in der er seit der 1. Klasse mit all seinen Freunden zusammen lernt (und das bis zum Abschluss). Wenn Claras Mama & Papa mehr Zeit für Spielplatzgänge hätten (die inklusiv ausgestattet sind), weil sie nicht mehr an 2 unsicheren Arbeitsplätzen schufteln müssen. Wenn die Luft um Clara viel sauberer riechen würde, weil der Strom nicht nur ohne fossile Brennstoffe hergestellt wird, sondern auch noch aus dem städtischen Stromnetz käme. Und wenn Claras Freunde, Nachbarn und Bekannte ohne Hass, Fremdenfeindlichkeit und Krieg zusammenleben könnten - dann, ja dann wären wir schon einen kleinen Schritt weiter in Richtung Zukunft.

Michael Bredohl,

Schatzmeister DIE LINKE.Städteregion Aachen

Leistungsgewährung nach Gutsherrenart

Wer die Situation im Jobcenter der Stadt Aachen kennt, weiß, dass man es dort mit der Auslegung der Sozialgesetzbücher nicht sonderlich genau nimmt.

Immer wieder kommt es vor, dass Leistungsberechtigte gedrängt oder genötigt werden, vor Ort ihre Eingliederungsvereinbarung zu unterschreiben. Ein Profiling findet nicht oder nur unzureichend statt, und von einem Vertrag auf Augenhöhe, wie es der Gesetzgeber vorsieht, ist man meilenweit entfernt.

Die Leistungsgewährung ist schleppend und nicht immer rechtskonform, die Qualifizierung der Fallmanager und Sachbearbeiter ist sehr heterogen. Termine für eine Vorsprache zur Klärung seiner persönlichen Angelegenheiten bekommt man nur über eine „Service-nummer“.

Die Erreichbarkeit wird selbst von Mitarbeitern des Jobcenters mit nur 30% angegeben. Eine persönliche, zeitnahe Beratung der Betroffenen findet daher faktisch nicht statt.

Wer jetzt glaubt, dass es schlimmer nicht mehr kommen kann, hatte noch nie mit den Jobcentern in den Kommunen des Altkreises zu tun. Dort werden selbst so elementare Dinge wie das Ausstellen einer qualifizierten Eingangsbescheinigung zu einem Gewaltakt. Leistungen auf die man einen Rechtsanspruch hat, werden nach „Gutsherrenart“ vergeben oder verweigert. Unliebsame, sprich über ihre Rechte aufgeklärte „Kunden“ werden als lästige Störenfriede betrachtet und behandelt.

Da die Jobcenter der gesamten StädteRegion einer Geschäftsleitung unterstehen, muss man

sich fragen, wie diese Unterschiede zustande kommen.

In der Stadt Aachen gibt es Beratungsstellen für Betroffene, bei denen sie sich Rat und Hilfe holen können. Diese sorgen dafür, dass dem Jobcenter auf die Finger geschaut wird. In den umliegenden Kommunen gibt es diese Beratungsstellen nicht oder nur unzureichend, und wo die Katze aus dem Haus ist, tanzen halt die Mäuse auf dem Tisch.

Die AG Soziales der Partei DIE LINKE. Aachen fordert daher in einem ersten Schritt zur Wahrung der Rechte der Leistungsberechtigten die flächendeckende Einführung von Ombudsstellen und deren Besetzung mit qualifizierten und unabhängigen Personen.

Robert Schwedt, Sprecher AG Soziales Aachen

DIE LINKE. Eschweiler lädt ein:



Zum Blausteinsee | 52249 Eschweiler | direkt neben dem Freibad

Frühstück für alle ! - ... und keiner is(s)t allein



Frühstück im Linken Zentrum Aachen, jeweils am letzten Sonntag des Monats von 10 bis 14 Uhr

In lockerer Atmosphäre können Gespräche mit Gleichgesinnten geführt werden oder es kann im konkreten Austausch mit Kommunal- und Bundespolitikern das Gespräch gesucht werden.

Mieterberatung

jeden Montag von 17:00 bis 19:00 Uhr.

Sozialberatung

jeden Mittwoch von 15:00 bis 17:00 Uhr

Linkes Zentrum Aachen
Augustastraße 69



Wertmarken zum Ausschneiden gibt es in der Druckausgabe



DIE LINKE.
STÄDTEREGION AACHEN

Ich bitte um Zusendung von Informationsmaterial

Ich möchte regelmäßig zu Veranstaltungen und Versammlungen eingeladen werden.

Ich möchte Mitglied werden

Name und Anschrift:

einsenden an: DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastraße 69, 52070 Aachen

Adresse

DIE LINKE Städteregion Aachen
Augustastraße 69, 52070 Aachen
E-Mail: kontakt@dielinke-aachen.de
www.dielinke-aachen.de
Tel. 0241-9902531
Fax 0241-9905228

Linkes Zentrum
Augustastraße 69, 52070 Aachen
Tel. 0241-99063820
Öffnungszeiten:
Mo 15 bis 17.30 Uhr / Di-Fr 17 bis 19 Uhr

Aktuelle Termine zu Veranstaltungen und Sitzungen der Arbeitsgemeinschaften können dem Terminplaner entnommen werden unter <http://www.dielinke-aachen.de/termine>

Wer an den Treffen der Arbeitskreise teilnehmen möchte, ist freundlich eingeladen, auch wenn er/sie kein Mitglied der Partei DIE LINKE ist. Natürlich wird eine gewisse Nähe zu unseren Positionen vorausgesetzt.

Adressen

**Fraktion DIE LINKE
im Städteregionstag**

Haus der Städteregion: 1. OG, Raum E 188,
Tel.: 0241 / 5198 3305
Zollernstraße 16 | 52070 Aachen
eMail: dielinke-fraktion@staedteregion-
aachen.de
www.dielinke-staedteregionstag.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Aachen**

Verwaltungsgebäude Katschhof
1. OG, Raum 139 52062 Aachen
Tel.: (0241) 432-7244
Fax: (0241) 41354-17244
eMail: fraktion.dielinke@mail.aachen.de
www.fraktion-dielinke-aachen.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Herzogenrath**

Rathausplatz 1, 1. OG, Raum 105,
Tel.: 02406 / 83121
eMail: fraktion@linke-herzogenrath.de
www.fraktion.dielinke-herzogenrath.com
Postadresse: Fraktion DIE LINKE
Im Rat der Stadt Herzogenrath
Postfach 1280 | 52112 Herzogenrath
Bürgersprechstunde jeden Montag
18:00 bis 19:00 Uhr

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Stolberg**

Villa Lynen | Rathausstr. 44 | 52222 Stolberg
1. OG, Raum 104 / 105, Tel.: 02402 / 76683-20
eMail: dielinke.fraktion@stolberg.de
www.dielinke-stolberg.de
Bürgersprechstunde jeden Donnerstag
15:00 bis 17:30 Uhr

**DIE LINKE
im Rat der Stadt Würselen**

Rathaus - Morlaixplatz 1 - 52146 Würselen -
Tel.: 02405-67-0 / 02405-4290117
Mail: yvonne.frey1964@t-online.de

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Baesweiler**

Rathaus - Mariastraße 2 - 2. OG- Raum 214 -
52499 Baesweiler - Tel.: 02401-800-214
Mail: stadtrat@dielinke-baesweiler.de
http://www.dielinke-baesweiler.de/

**DIE LINKE
im Rat der Stadt Alsdorf**

Oliver Schmidt-Schwan
Rathaus - Hubertusstr. 17 | 52477 Alsdorf
eMail: oliver.schmidt@dielinke-aachen.de
Tel.: 0160/5518854

**Fraktion DIE LINKE
im Rat der Stadt Eschweiler**

Rathaus - Johannes-Rau-Platz 1 | 52249
Eschweiler | Rathaus, Raum 141
Telefon: 02403/71-509
Fax: 02403/60999-207
E-Mail: fraktion-dielinke@eschweiler.de
Bürgersprechstunde u. Sozialsprechstunde
Montag 16 - 18 Uhr
Dienstag und Donnerstag 15 - 17 Uhr
Freitag 10 - 12 Uhr

LVR-Fraktion DIE LINKE

Kennedy-Ufer 2, 50679 Köln
Postanschrift: LVR, 50663 Köln
Tel. 0221-809-7666 Fax 0221-809-7663
eMail: die.linke@lvr.de

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB

Wahlkreisbüro Andrej Hunko, MdB
Südstraße 53/55, 52064 Aachen
Telefon 0241 / 990 682-50
Telefax 0241 / 990 682-51
E-Mail: andrej.hunko.wk@bundestag.de
www.andrej-hunko.de
Sprechzeiten: Montags 13 bis 15 Uhr,
Donnerstags 17 bis 19 Uhr
und nach Vereinbarung
Sozialsprechstunde Bundestagsbüro Andrej Hunko
Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat ab 17.00 Uhr



Große Kundgebung vor dem Aachener Rathaus

Fortsetzung: **Forderungen der Sozial- und Erziehungsdienste sind berechtigt**

Wenn die kommunalen Arbeitgeber wirklich der Meinung sind, eine angemessene Bezahlung der wichtigen Sozial- und Erziehungsdienste

sei aufgrund der leeren Kommunalkassen nicht finanzierbar, sollten sie sich an die Vertreter ihrer Parteien im Bundestag wenden.

Dort könnten SPD und CDU sofort Schluss machen mit der Gefälligkeitspolitik für Reiche und Banken, die den Staat jedes Jahr viele Milliarden Euro kostet, da freiwillig auf Steuereinnahmen verzichtet wird. Der laufende Streik wirft wieder einmal die Frage auf, was uns wichtiger

ist: ein funktionierendes Sozialsystem mit fairer Entlohnung für die Beschäftigten zu sichern oder das reichste eine Prozent der Gesellschaft auf Kosten der Bevölkerungsmehrheit immer reicher zu machen.“

Sahra Wagenknecht, MdB Linke

Erste stellvertretende Vorsitzende
der Fraktion DIE LINKE
Pressemitteilung 02.06.2015



Streikende in Eschweiler



© knipselline / pixello.de

Ihre Meinung ist uns wichtig!

eMail:
wir-leserbriefe@dielinke-aachen.de

postalisch
Fraktion DIE LINKE im StädteRegionstag
Stichwort "Leserbrief"
Haus der Städteregion
Zollernstraße 16
52070 Aachen



© Tim Reckmann / pixello.de